

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rainer Steenblock, Andrea Fischer (Berlin), Kristin Heyne, Michael Hustedt, Albert Schmidt (Hitzhofen), Franziska Eichstädt-Bohlig, Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Vera Lengsfeld, Oswald Metzger, Dr. Jürgen Rochlitz, Halo Saibold, Helmut Wilhelm (Amberg), Margareta Wolf (Frankfurt), Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/3601 –

Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung **„Vorrang für Beschäftigung“**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Sofortprogramm „Einstieg in eine ökologisch-soziale Steuerreform“ mit folgenden Bestandteilen aufzulegen:
 - Einführung einer Energiebesteuerung auf der Grundlage des Gesetzentwurfes der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/3067),
 - Erhöhung der Mineralölsteuer um 30 Pf/l,
 - Verdreifachung der Vignette für den Schwerverkehr,
 - Umwandlung der Kilometerpauschale in eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale. Dabei ist der Pauschsatz auf 50 Pf/km abzusenken.

Es entstehen in der Summe Mehreinnahmen in der Größenordnung von 43 Mrd. DM.

- Davon sind 6 Mrd. DM den Ländern und Gemeinden für Investitionen in den öffentlichen Verkehr und
- 4 Mrd. DM für die Förderung von regenerativen Energieträgern und von Energiesparmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.
- Um 3 Mrd. DM sind die sozialen Transferleistungen zu erhöhen, um einen Ausgleich für die energiesteuerbedingten Mehrausgaben zu schaffen.
- 30 Mrd. DM sind als Bundeszuschuß an die Sozialversicherung zu überweisen und für eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um zwei Prozentpunkte zu nutzen.

3. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Einführung von Umweltsteuern wird einen Impuls für einen beschleunigten Strukturwandel, für einen Innovationsschub sowie für neue Produktionszweige und zukunftsfähige Arbeitsplätze geben. Die Erzeugung von Energie aus regenerativen Energieträgern und die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung wird gerade mittelständischen Unternehmen große Marktchancen eröffnen. Auch im Ausbau des öffentlichen Verkehrs liegen enorme Beschäftigungspotentiale, etwa für die Bau- und Stahlindustrie. Die Wettbewerbsfähigkeit arbeitsintensiver und innovativer Branchen wie der Umwelttechnik wird gestärkt.

Es wird eine Effizienzrevolution bei der Energienutzung eingeleitet, der Energieverbrauch gesenkt und die Energieträgerstruktur in Richtung auf weniger umweltschädliche fossile Energieträger (Erdgas) und eine verstärkte Nutzung regenerativer Energieträger verändert. Dadurch werden auch die energiebedingten Schadstoffemissionen deutlich verringert. Das Klimaschutziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 gegenüber 1990 um 25 % zu reduzieren, wird erreicht.

Eine Senkung der Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit, insbesondere eine Entlastung der Sozialversicherung von den Kosten für allgemeine gesellschaftliche Aufgaben wie der Finanzierung des Aufbaus Ost und der aktiven Arbeitsmarktpolitik, ist dringend erforderlich. Dieser richtigen Diagnose folgt jedoch von Vertretern der Regierungskoalition ein wenig hilfreicher, eher kontraproduktiver Therapievorschlag. Die zur Gegenfinanzierung einer Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge in der Diskussion befindliche Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre mit gravierenden Nachteilen verbunden. Die Mehrwertsteuer verteuert nach der Rasenmähermethode alle Güter gleichermaßen und ist daher umweltpolitisch völlig unspezifisch. Eine Energiesteuer würde demgegenüber umweltschädliche Produktionsverfahren und Güter stärker und umweltfreundliche schwächer belasten. Gerade für das Handwerk stellt die Mehrwertsteuer durch die Öffnung der Schere zwischen Brutto- und Nettopreisen eine weitere Belastung dar und erhöht zugleich den Anreiz zur Steuerhinterziehung.

Aus dem Aufkommen der Ökosteuern sollen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt und eine grundlegende Reform der Einkommen- und Unternehmensteuern eingeleitet werden. Auf diese Weise wird ein Beitrag zu einem sozial gerechten, umwelt- und beschäftigungsfreundlichen Steuersystem geleistet.

Bonn, den 6. Februar 1996

Rainer Steenblock
Andrea Fischer (Berlin)
Kristin Heyne
Michael Hustedt
Albert Schmidt (Hitzhofen)
Franziska Eichstädt-Bohlig
Ulrike Höfken
Steffi Lemke

Vera Lengsfeld
Oswald Metzger
Dr. Jürgen Rochlitz
Halo Saibold
Helmut Wilhelm (Amberg)
Margareta Wolf (Frankfurt)
Joseph Fischer (Frankfurt),
Kerstin Müller (Köln) und Fraktion